

Energie, Klima, Umwelt | Klima

Klimapolitik nach Baku

vbw

Kurzstudie
Stand: Dezember 2024

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

UN-Klimakonferenz endet mit Minimalkonsens

Kernthema der diesjährigen UN-Klimakonferenz in Baku, Aserbaidshan, war die Klimafinanzierung für die Zeit nach 2025. Am Ende der Verhandlungen steht lediglich ein Minimalkonsens: die Staatengemeinschaft einigte sich darauf, bis zum Jahr 2035 Mittel in Höhe von 300 Milliarden US-Dollar jährlich bereitzustellen. Die Entwicklungsländer hatten eine Summe von 1.300 Milliarden US-Dollar gefordert.

Es ist entscheidend, dass alle Länder – auch China und die Golfstaaten – einen angemessenen Beitrag zur Klimafinanzierung leisten. Zudem müssen alle Staaten im kommenden Jahr ambitionierte Klimabeiträge für das Jahr 2035 vorlegen. Die EU fungiert seit jeher als Vorreiter. Jetzt müssen andere große Emittenten nachziehen.

Zu begrüßen sind die Fortschritte beim globalen Marktmechanismus für den Klimaschutz. Dieser kann dazu beitragen, dass Emissionen dort gemindert werden, wo dies am kostengünstigsten möglich ist.

Ebenfalls positiv hervorzuheben ist die Vielzahl neuer Initiativen im Klima- und Energiebereich. Diese liefern gute Impulse für die nächste Verhandlungsrunde in Brasilien. Unsere bayerischen Unternehmen können einen wichtigen Beitrag zum internationalen Klimaschutz und der globalen Energiewende leisten. Dazu müssen wir unsere Forschungsstärke bei Energiewende- und Klimatechnologien in eine Innovationsführerschaft übersetzen und damit zugleich Wertschöpfung und Beschäftigung sichern.

Bertram Brossardt
16. Dezember 2024

Inhalt

Das Wichtigste in Kürze	1
1 Internationales Klimaengagement	2
1.1 Globale Emissionsentwicklung und Emissionslücke	2
1.2 Emissionsentwicklung der größten Emittenten	3
2 Klimafinanzierung	5
2.1 Erreichung des 100 Milliarden US-Dollar-Finanzierungsziels	5
2.2 Neues Klimafinanzierungsziel für die Zeit nach 2025	6
2.3 Fortschritte bei den Instrumenten der Klimafinanzierung	7
2.3.1 Fonds für den Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten	7
2.3.2 Green Climate Fund	7
2.3.3 Anpassungsfonds	8
2.3.4 Weitere Zusagen für die Klimafinanzierung	9
3 Globaler Marktmechanismus für den Klimaschutz	11
3.1 Ziel und Funktionsweise des Instruments	11
3.2 Standards zu Methologien und Removal-Projekten	11
3.3 Autorisierung der Emissionsminderungen	12
4 Nationale Klimabeiträge	14
4.1 Aktualisierte NDCs und neue NDCs für das Jahr 2035	14
4.2 Engagement der größten Emittenten	15
4.2.1 EU	16
4.2.2 USA	17
4.2.3 China	17
4.2.4 Indien	18
5 Globale Energiewende	20
5.1 Energieinitiativen des Gastgeberlandes	20
5.2 Weitere Initiativen zur globalen Energiewende	21
6 Klimaclub und neue internationale Initiativen	22

6.1	Klimaclub	22
6.2	Initiativen zur Verringerung der Methanemissionen	23
7	Ausblick	25
	Ansprechpartner/Impressum	26

Das Wichtigste in Kürze

UN-Klimakonferenz mit Minimalkonsens, aber Lichtblicken

Verfehlung des 1,5-Grad Ziels mit derzeitigem Klimaambitionslevel

Das 1,5 Grad-Ziel kann mit dem aktuellen Klimaambitionslevel nicht erreicht werden. Die derzeitigen Klimabeiträge würden zu einer globalen Erwärmung um 2,1 bis 2,8 Grad Celsius führen. Für die Begrenzung der Erderwärmung ist eine sofortige und deutliche Emissionsminderung erforderlich – auch in Ländern wie China und Indien, in welchen die Emissionen weiter ansteigen.

Neues Ziel für die Klimafinanzierung nach 2025

Nach langem Ringen gelang es, ein neues Klimafinanzierungsziel für die Zeit nach 2025 festzulegen. Bis 2035 sollen jährlich mindestens 300 Milliarden US-Dollar bereitgestellt werden. Das derzeitige Ziel beläuft sich auf 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Es ist darauf hinzuwirken, dass alle Staaten – auch Länder wie China und die Golfstaaten – einen angemessenen Beitrag leisten.

Fortschritte beim globalen Marktmechanismus

In Baku wurden wichtige Regelungen zur Umsetzung der Klimaschutzprojekte unter dem globalen Marktmechanismus nach Artikel 6 des Weltklimavertrags beschlossen. Jetzt gilt es, rasch mit der Ausarbeitung und Umsetzung des Instruments zu starten, damit entsprechende Gutschriften für den freiwilligen Markt zur Verfügung stehen.

Neue Initiativen zur Energiewende und zum Klimaschutz

Bei der Konferenz wurden zahlreiche Initiativen lanciert, die die globalen Energie- und Klimaziele unterstützen sollen. Die Projekte und Partnerschaften können den Umstieg auf klimafreundliche Technologien und Maßnahmen beschleunigen und sind damit ein zentraler Treiber für die globale Dekarbonisierung.

Internationales Level Playing Field

Im Jahr 2025 müssen alle Vertragsstaaten des Weltklimavertrags neue Klimabeiträge für das Jahr 2035 vorlegen. Es ist entscheidend, dass sich alle Staaten zu vergleichbaren Klimazielen für das Jahr 2035 verpflichten. Nur so kann langfristig ein globales Level Playing Field entstehen.

1 Internationales Klimaengagement

1,5-Grad-Ziel wird weiterhin verfehlt

Vom 11. bis zum 24. November 2024 fand die 29. UN-Klimakonferenz in Baku, Aserbaidschan, statt. Auch in diesem Jahr diente die Konferenz dazu, den Klimaschutz weltweit voranzutreiben und einen gemeinsamen Kurs zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels finden. Diese Begrenzung des Temperaturanstiegs im Vergleich zur vorindustriellen Zeit ist eines der Hauptziele des Weltklimavertrags.

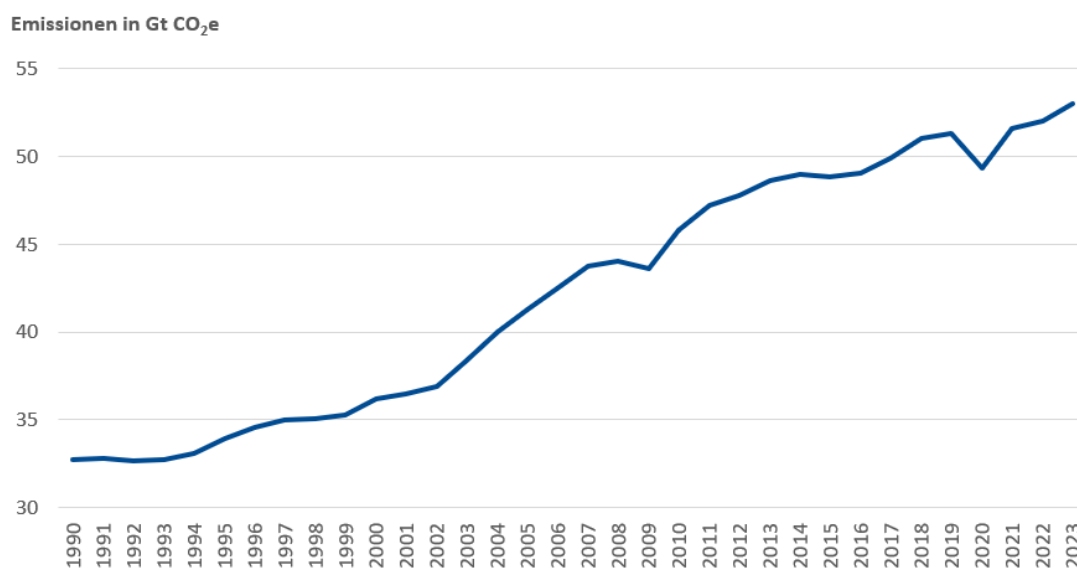
1.1 Globale Emissionsentwicklung und Emissionslücke

Bereits im Vorfeld der 29. UN-Klimakonferenz kamen diverse Berichte und Studien zu dem Ergebnis, dass die derzeitigen Klimaschutzbestrebungen der Staaten nicht ausreichen, um das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten.

Nach der *Emissions Database for Global Atmospheric Research (EDGAR)* der Europäischen Kommission wurden 2023 weltweit rund 53 Gigatonnen (Gt) CO₂-Äquivalente (CO₂e) emittiert. Dies entspricht dem höchsten Stand seit Beginn der Aufzeichnungen und gegenüber dem Vorjahr einem Anstieg der Emissionen um 1,9 Prozent beziehungsweise 994 Millionen Tonnen CO₂e (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1

Entwicklung der globalen Treibhausgasemissionen zwischen 1990 und 2023



Quelle: Eigene Darstellung gemäß Daten der Emissions Database for Global Atmospheric Research

Die Weltwetterorganisation (World Meteorological Organization – WMO) hat mit ihrem Bericht *State of the Global Climate 2023* dargelegt, dass 2023 das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnung war. Gemäß dem Bericht lag die globale Durchschnittstemperatur im Jahr 2023 rund 1,45 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau und damit nah an der 1,5-Grad-Grenze. 2024 könnte 2023 sogar noch übertreffen und einen neuen Wärmerekord aufstellen.

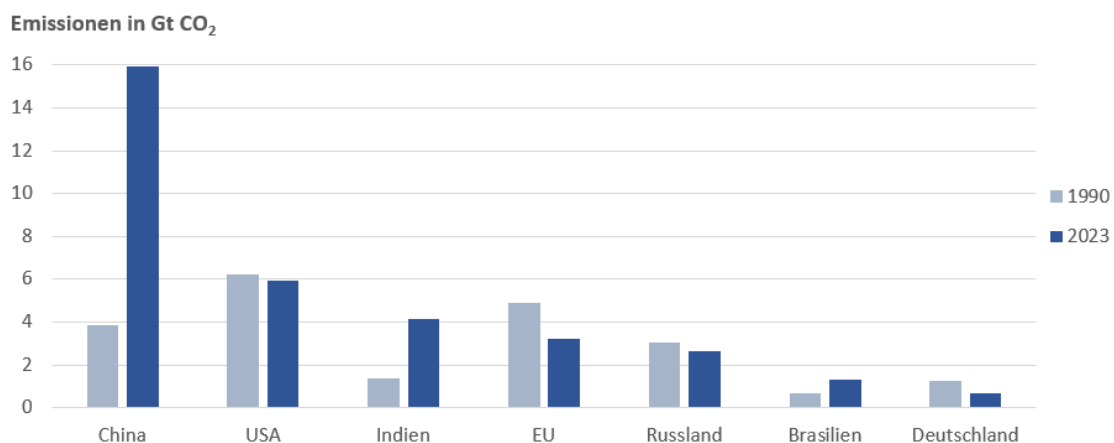
Das United Nations Environment Programme (UNEP) stellte im Oktober 2024 den *Emissions Gap Report 2024* vor. Der Bericht beziffert die Emissionslücke für 2030 zwischen den derzeitigen Klimaschutzmaßnahmen und dem 1,5-Grad-Zielpfad auf 20 bis 26 Gt CO₂e.

1.2 Emissionsentwicklung der größten Emittenten

Zu den sechs weltweit größten Treibhausgasemittenten zählen China, die USA, Indien, die EU, Russland und Brasilien. Diese sechs Akteure repräsentieren rund 63 Prozent der globalen Emissionen, knapp 47 Prozent der Weltbevölkerung, rund 68 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts und 64 Prozent des globalen Verbrauchs fossiler Brennstoffe. Deutschland ist mit einem Anteil von 21 Prozent an den EU-Emissionen bzw. rund 682 Millionen Tonnen CO₂e der größte Emittent der EU. Mit einem Anteil von 1,3 Prozent an den globalen Emissionen belegt Deutschland Rang 13 der weltweit größten Treibhausgasemittenten (siehe Abbildung 2).

Abbildung 2

Treibhausgasemissionen der größten Emittenten 1990 gegenüber 2023



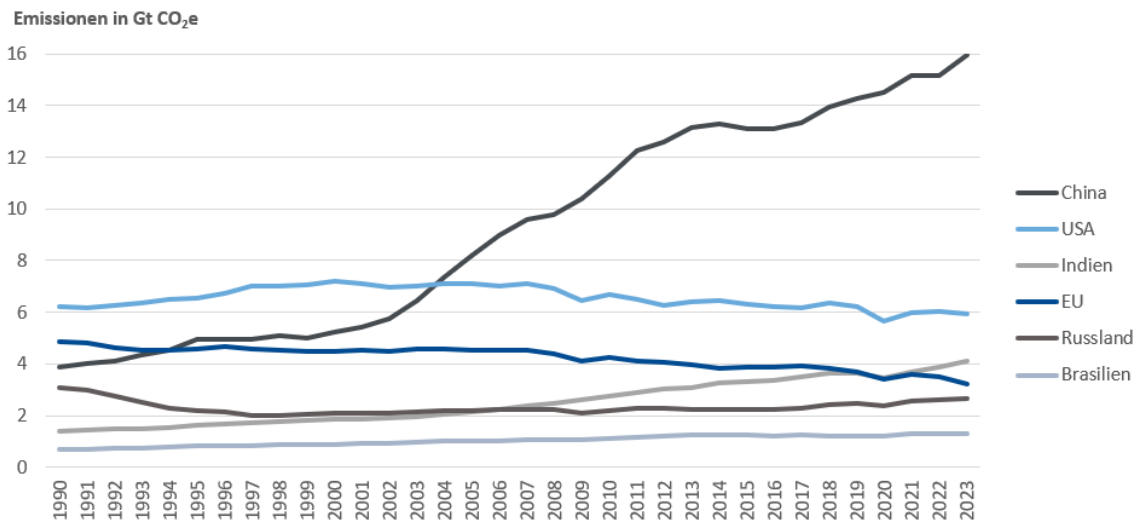
Quelle: Eigene Darstellung gemäß Daten der Emissions Database for Global Atmospheric Research

Vier der sechs weltweit größten Emittenten, China, Indien, Russland und Brasilien, wiesen 2023 gegenüber dem Vorjahr höhere Emissionen auf: Indien verzeichnete mit rund sechs Prozent erneut den größten relativen Anstieg, während die Emissionen in Brasilien lediglich geringfügig um 0,13 Prozent stiegen. Hervorzuheben ist ebenfalls der signifikante

Anstieg in China: Die Treibhausgasemissionen des Landes stiegen 2023 gegenüber 2022 um rund fünf Prozent bzw. um 784 Millionen Tonnen CO₂e an (siehe Abbildung 3).

Abbildung 3

Entwicklung der Emissionen der größten Emittenten 1990 bis 2023



Quelle: Eigene Darstellung gemäß Daten der Emissions Database for Global Atmospheric Research

Zwischenfazit

Die im Vorfeld des Klimagipfels vorgelegten Bewertungen zeigen, dass das 1,5 Grad-Ziel mit dem derzeitigen Klimaambitionslevel nicht erreicht wird. 2024 könnte das erste Jahr sein, in dem die globalen Temperaturen 1,5 Grad über dem vorindustriellen Niveau liegen.

Für die Begrenzung der Erderwärmung ist eine sofortige und deutliche Emissionsminderung erforderlich – auch in Ländern wie China und Indien, in welchen die Emissionen weiter ansteigen.

2 Klimafinanzierung

Neues Klimafinanzierungsziel für die Zeit nach 2025 steht fest

Die globale Klimafinanzierung war eines der Kernthemen beim diesjährigen Klimagipfel. Neben der Festsetzung eines neues Klimafinanzierungsziel für die Zeit nach 2025 – das *New Collective Quantitative Goal on Climate Finance (NCQG)* – sollte eine Strategie erarbeitet werden, wie der neu geschaffene Fonds für Verluste und Schäden mit Geldern befüllt wird.

Die Verhandlungen drehten sich vor allem um die Frage, welche Länder in welcher Höhe und zu welchen Zwecken finanzielle Mittel künftig erhalten sollen. Ferner ging es darum, welche Länder die entsprechenden Beiträge für die Klimafinanzierung bereitstellen.

Während des Gipfeltreffens in Baku sagten einige Staaten, darunter auch Deutschland, zusätzliche Mittel für die Klimafinanzierung zu.

2.1 Erreichung des 100 Milliarden US-Dollar-Finanzierungsziels

Für die Jahre 2020 bis 2025 hatte sich die Staatengemeinschaft zum Ziel gesetzt, jährlich 100 Milliarden US-Dollar für Klimaschutz und Klimaanpassung zu mobilisieren. Nach einem Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wurde diese Zielmarke im Jahr 2022 erstmals erreicht. In diesem Jahr wurden von den Industriestaaten rund 115,9 Milliarden US-Dollar für die Klimafinanzierung bereitgestellt.

Insgesamt 40 Prozent der Mittel flossen im Jahr 2022 in Entwicklungsländer mit niedrigeren und mittleren Einkommen (*Low- and Middle-Income Countries – LMICs*). Hierzu zählen Länder wie Indien, Nigeria, die Philippinen oder Bolivien. 30 Prozent der Mittel gingen in Länder mit einem höheren mittleren Einkommen (*Upper-Middle-Income Countries – UMICs*). Hierzu gehört beispielsweise China, Brasilien oder Argentinien. Lediglich zehn Prozent der Gelder wurden Ländern mit niedrigem Einkommen (*Low-Income-Countries – LICs*) bereitgestellt. Hierzu zählen Länder wie Äthiopien, Haiti oder Afghanistan. 3 Prozent der Mittel gingen an Länder mit hohem Einkommen (*High-Income-Countries – HICs*) und die restlichen Mittel lassen sich vor allem aufgrund länderübergreifender Aktivitäten nicht eindeutig einer Einkommensgruppe zuordnen.

Nach dem OECD-Bericht flossen von den im Jahr 2022 mobilisierten Geldern rund 60 Prozent in Klimaschutzprojekte, 28 Prozent in Klimaanpassungsprojekte und rund zwölf Prozent in übergreifende Projekte. Um dieses Ungleichgewicht bei der Verteilung zu adressieren, wurden die Geberländer bereits im Jahr 2021 bei der UN-Klimakonferenz in Glasgow aufgefordert, mehr finanzielle Mittel für Anpassungsprojekte bereitzustellen. Sie wurden aufgefordert, die Finanzierungsmittel für die Klimaanpassung bis zum Jahr 2025 gegenüber dem Jahr 2019 zu verdoppeln. Dies entspricht einer Steigerung von rund 20,3 auf rund

40,6 Milliarden US-Dollar. Im Jahr 2022 wurden 32,4 Milliarden US-Dollar für die Klimaanpassung bereitgestellt. Dies bedeutet, dass 2022 bereits 1,6 mal so viele Mittel für die Anpassung flossen wie im Referenzjahr 2019.

2.2 Neues Klimafinanzierungsziel für die Zeit nach 2025

Mit Blick auf das neue Klimafinanzierungsziel für die Jahre nach 2025 war die große Streitfrage, welche Staaten Finanzierungsbeiträge leisten sollen. Unter dem alten Ziel waren lediglich 43 Industriestaaten verpflichtet.

Die Industriestaaten forderten, dass sich auch andere ökonomisch starke Länder wie China oder die Golfstaaten an der Klimafinanzierung beteiligen. China selbst sieht sich vor diesem Hintergrund noch immer als Entwicklungsland und somit als Empfängerstaat. Gleichzeitig investiert China bereits hohe Summen in Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern. Ding Xuexiang, der stellvertretende Ministerpräsident Chinas, erklärte in Baku, dass China seit 2016 bereits Finanzmittel in Höhe von 177 Milliarden Yuan (dies entspricht 24,5 Milliarden US-Dollar) bereitgestellt habe. Das Land sieht sich dennoch nicht in der Pflicht, zum neuen Klimafinanzierungsziel einen Beitrag zu leisten. Es möchte auch künftig maximal freiwillige Finanzierungsbeiträge erbringen.

Ferner sprachen sich die Industriestaaten dafür aus, mehr private Finanzierungsquellen zu erschließen. Mit Blick auf die Aufstockung der privaten Beiträge zur Klimafinanzierung wurden Ideen wie eine globale Steuer für klimaschädliche Ausgaben von Reichen oder Abgaben auf die Förderung von fossilen Brennstoffen diskutiert.

NGOs wie der World Wide Fund for Nature (WWF) forderten, dass die Mittel für die internationale Klimafinanzierung auf über 1.000 Milliarden US-Dollar steigen müssen. Die G77 – ein Zusammenschluss von Staaten des Globalen Südens innerhalb der UNO – und China forderten eine jährlich Klimafinanzierung von 1.300 Milliarden US-Dollar.

Letztlich einigte sich die Staatengemeinschaft in Baku darauf, bis 2035 jährlich mindestens 300 Milliarden US-Dollar bereitzustellen. Der erzielte Kompromiss wurde von einigen Staaten wie Indien und Nigeria stark kritisiert.

Industriestaaten sollen bei der Erreichung des neuen Ziels eine führende Rolle einnehmen. Entwicklungsländer werden „ermutigt“, freiwillige Beiträge zu leisten. Auch weitere Quellen, wie durch multilaterale Banken mobilisierte Finanzmittel, sollen auf das Ziel einzahlen.

Zugleich wird anerkannt, dass eigentlich 1.300 Milliarden US-Dollar an Klimageldern erforderlich sind. Gemäß dem Beschlusstext sollen alle Akteure darauf hinwirken, bis 2035 Mittel in dieser Höhe aus öffentlichen und privaten Quellen zu generieren. Es wurde beschlossen, bis 2030 einen Fahrplan – die *Baku to Belém-Roadmap* – für die Erreichung des 1.300-Milliarden-US-Dollar-Ziels auszuarbeiten.

2.3 Fortschritte bei den Instrumenten der Klimafinanzierung

Grundsätzlich umfasst die internationale Klimafinanzierung verschiedene Fonds und Instrumente, die jeweils unterschiedliche Ziele und Bedürfnisse adressieren. Beispielsweise konzentriert sich der Anpassungsfonds auf Projekte zur Anpassung an den Klimawandel. Der *Loss and Damage Fonds* legt einen Fokus auf die Bewältigung von Schäden und Verlusten durch den Klimawandel. Ferner wird zwischen öffentlichen Mitteln (z. B. Beiträgen von Regierungen) und privaten Mitteln unterschieden. So mobilisieren beispielsweise Programme wie die *Climate Investment Funds (CIF)* auch privates Kapital.

Die jeweiligen Finanzierungsinstrumente existieren parallel und sind unabhängig vom bzw. zusätzlich zum Gesamtfinanzierungsziel zu betrachten.

2.3.1 Fonds für den Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten

Bei der UN-Klimakonferenz 2023 in Sharm El Sheikh einigte sich die Staatengemeinschaft auf die Schaffung eines eigenen Fonds für den Umgang mit Schäden und Verlusten (*Loss and Damage*) infolge des Klimawandels. Dieser soll besonders vulnerablen und schwer betroffenen Entwicklungsländern Gelder zur Bewältigung von klimawandelbedingten Schäden und Verlusten bereitstellen. Zur Finanzierung des Fonds sollen neue und innovative Ansätze entwickelt werden.

Der Fonds ist zunächst bei der Weltbank angesiedelt. Bereits im Vorfeld der Konferenz wurde Ibrahim Cheikh Diong zum ersten Exekutivdirektor des Fonds ernannt. Zudem wurden die Philippinen als Gastland für den Verwaltungsrat des Fonds bestimmt. In Baku wurden einige wichtige Dokumente, wie z. B. eine Treuhandvereinbarung mit der Weltbank, unterzeichnet, die den Fonds arbeitsfähig machen. Ab dem Jahr 2025 sollen Gelder aus dem Fonds ausgezahlt werden.

In Baku sagten u. a. Schweden (18 Millionen US-Dollar), Australien (33 Millionen US-Dollar) und Neuseeland (5,9 Millionen US-Dollar) weitere Gelder für den Fonds zu.

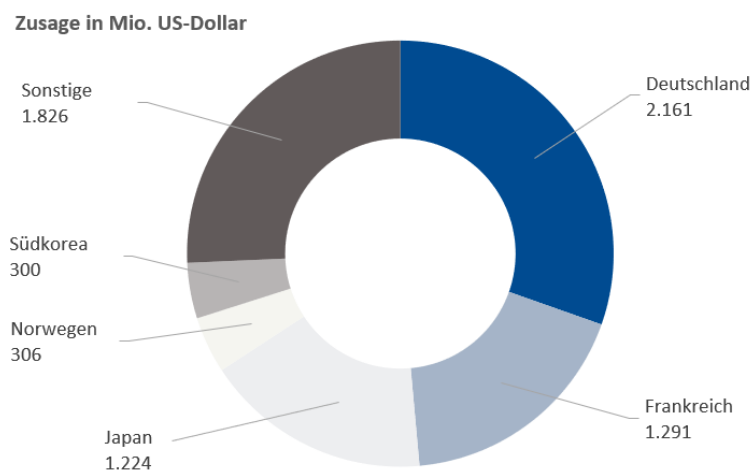
2.3.2 Green Climate Fund

Der *Green Climate Fund (GCF)* fungiert als zentrales Werkzeug für die internationale Klimafinanzierung. Die Mittel des Fonds fließen jeweils zur Hälfte in Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen. Bis dato wurden 286 Projekte mit einem Volumen von 15,9 Milliarden US-Dollar bewilligt.

Seit 2022 läuft die zweite Runde zur Wiederauffüllung des Fonds. Für diese wurden bisher 6,8 Milliarden US-Dollar zugesagt. Davon hat allein Deutschland 2,2 Milliarden US-Dollar beigesteuert (siehe Abbildung 4). In Baku sagte lediglich Schweden weitere Mittel in Höhe von 730 Millionen US-Dollar für den Fonds zu.

Abbildung 4

Die größten Geberländer für die zweite Wiederauffüllung des GCF



Quelle: Eigene Darstellung gemäß Angaben des Green Climate Fund (Stand: 13. November 2024)

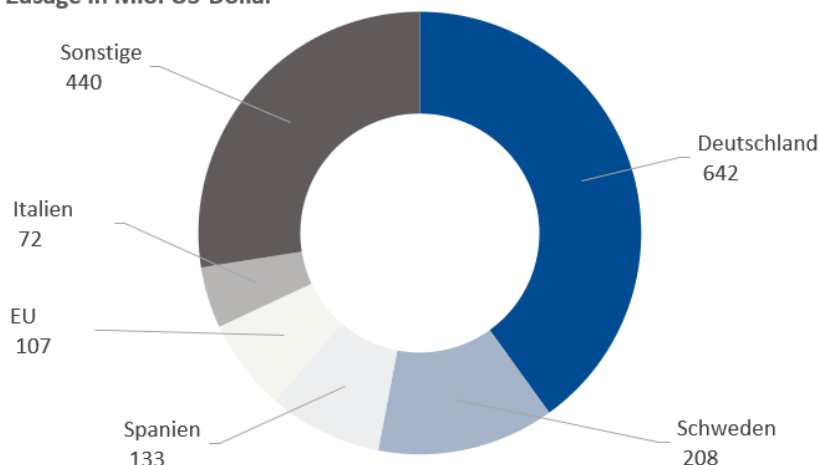
2.3.3 Anpassungsfonds

Der sog. Anpassungsfonds zielt darauf ab, Projekte und Programme zur Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern zu finanzieren, die besonders stark vom Klimawandel betroffen sind. Seit 2010 wurden aus dem Fonds 1,25 Milliarden US-Dollar für 183 Anpassungsprojekte bereitgestellt. Bis jetzt wurden rund 1,6 Milliarden US-Dollar in den Fonds eingezahlt. Deutschland ist mit einem Beitrag von rund 642 Millionen US-Dollar der größte Unterstützer des Fonds (siehe Abbildung 5).

In Baku sagte Deutschland weitere 60 Millionen Euro für den Fonds zu. Daneben kündigten u. a. Schweden (12 Millionen US-Dollar) und Irland (13 Millionen US-Dollar) neue Mittel an.

Abbildung 5
Die größten Geberländer des Anpassungsfonds

Zusage in Mio. US-Dollar



Quelle: Eigene Darstellung gemäß Angaben der Weltbank (Stand: 19. November 2024)

2.3.4 Weitere Zusagen für die Klimafinanzierung

Ferner sagte Deutschland gemeinsam mit dem Vereinigten Königreich, Kanada und den *Climate Investment Funds (CIF)* in Baku Unterstützung für den klimafreundlichen Umbau der Industrie in ärmeren Ländern zu. Deutschland stellt hierfür Gelder in Höhe von 220 Millionen US-Dollar aus der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) bereit. Das Vereinigte Königreich leistet einen Betrag von 211 Millionen US-Dollar. Aus den CIF sollen 900 Millionen US-Dollar kommen. Somit belaufen sich die im Rahmen der Initiative zugesagten Mittel auf über 1,3 Milliarden US-Dollar.

Außerdem sagten die großen Entwicklungsbanken, darunter die Weltbank, zu, bis zum Jahr 2030 ihre jährlichen Klimainvestitionen von derzeit 75 auf 120 Milliarden US-Dollar zu steigern.

Die Klimafinanzierungsversprechen sind ausschlaggebend für das Ambitionslevel der Klimaschutzbeiträge der ärmeren Entwicklungsländer. Diese unterscheiden in ihren NDCs (siehe Ziffer 4) meist zwischen den Klimazielen, die mit eigenen Mitteln erreichbar sind, und den Klimabeiträgen, die sie nur realisieren können, wenn sie eine externe finanzielle Unterstützung erhalten.

Bewertung der vbw

Dass das 100-Milliarden US-Dollar-Ziel im Jahr 2022 erreicht wurde, ist positiv zu bewerten. Ebenfalls ist zu begrüßen, dass es gelang, eine Zielmarke für Klimafinanzierung nach dem Jahr 2025 festzulegen. Der bis zur 30. UN-Klimakonferenz in Belém zu erarbeitende Fahrplan für die Klimafinanzierung muss sicherstellen, dass alle Staaten – einschließlich China – einen fairen und verpflichtenden Beitrag leisten. Dies gilt auch für die weitere Befüllung des Fonds für den Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten.

Deutschland hat allein im Jahr 2023 rund 5,7 Milliarden Euro für die internationale Klimafinanzierung bereitgestellt und zählt damit zu den größten Geberländern. Andere Länder wie China oder die Golfstaaten müssen ebenfalls angemessenen Finanzierungsbeiträge zusagen.

Neue Steuern oder Abgaben für die Klimafinanzierung halten wir jedenfalls auf deutscher Ebene schon angesichts der im internationalen Vergleich sehr hohen Steuerlast für den falschen Weg.

3 Globaler Marktmechanismus für den Klimaschutz

Wichtige Fortschritte bei der Implementierung des Mechanismus erzielt

Artikel 6.4 des Weltklimavertrags sieht die Schaffung eines globalen Marktmechanismus vor, der zu einer Minderung der weltweiten Treibhausgasemissionen und gleichzeitig zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen soll.

In Baku sollten die Verhandlungen zum globalen Marktmechanismus abgeschlossen werden, um das Instrument arbeitsfähig zu machen.

3.1 Ziel und Funktionsweise des Instruments

Der globale Marktmechanismus soll es ermöglichen, dass Staaten Emissionsminderungen, die in einem anderen Land realisiert werden, in ihrem eigenen Klimaziel berücksichtigen dürfen. Beispielsweise kann ein Staat in ein Solarkraftwerk im Ausland investieren, wodurch dort weniger fossile Brennstoffe eingesetzt werden. Für die vermiedene Menge an Emissionen erhält der Investorstaat Gutschriften, die er auf die eigene Treibhausgasbilanz und damit auf sein eigenes Klimaziel anrechnen kann.

Der Mechanismus bietet die Möglichkeit, Klimaschutztechnologien in Länder zu transferieren, denen es an technischem Know-how und eigenen Finanzmitteln mangelt. Den investierenden Staaten ermöglicht er, Emissionen dort einzusparen, wo dies am kostengünstigsten möglich ist.

Auch für Unternehmen bietet das Instrument Chancen: Der Mechanismus kann diese bei der Umsetzung ihrer betrieblichen Klimastrategien unterstützen. Die Gutschriften, die unter dem neuen Marktmechanismus generiert werden, sollen perspektivisch auch auf dem freiwilligen Markt für die Kompensation gehandelt werden können. Damit könnten auch Unternehmen die Gutschriften nutzen, um anderweitig nur schwer oder gar nicht vermeidbare Emissionen zu kompensieren.

3.2 Standards zu Methodologien und Removal-Projekten

Am ersten Tag der Konferenz in Baku wurde ein Beschluss zu Artikel 6.4 verabschiedet. Dieser setzt unter anderem einen Standard für die Entwicklung und Bewertung von Methodologien für entsprechende Artikel-6.4-Projekte fest. Der Standard beschreibt die Vorgaben für die Berechnung der im Rahmen des Projekts erzielten Emissionsminderungen. Beispielsweise sind die verwendeten Datenquellen und die getroffenen Annahmen

zur Berechnung der Reduktion transparent zu dokumentieren. Auch der Nachweis der Zusätzlichkeit der Projekte sowie die Vermeidung von Leakage werden thematisiert.

Der zweite beschlossene Standard bestimmt die Anforderungen, die für *Removal-Projekte*, d. h. Projekte zur Entnahme von Treibhausgasen aus der Atmosphäre, greifen. Der Standard gibt u. a. an, wie die Removal-Aktivitäten überwacht, berechnet und berichtet werden sollen. Ferner legt er dar, wie mit dem Risiko von *Reversals*, d. h. Emissionen, die wieder zurück in die Atmosphäre gelangen, umgegangen werden soll. Dieses Risiko besteht beispielsweise bei Aufforstungsprojekten, wenn der gespeicherte Kohlenstoff infolge von Rodungen oder Waldbränden wieder freigesetzt wird.

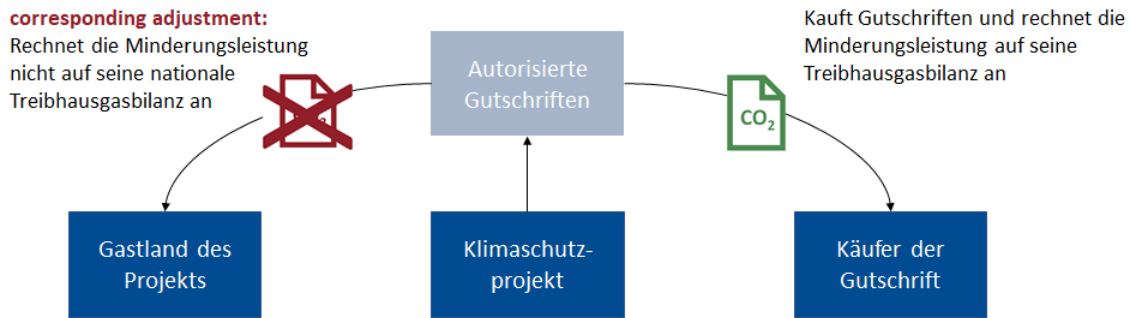
Experten bewerteten vor allem den Standard zu den Methodologien positiv. Dieser habe das Potenzial, qualitativ hochwertige Gutschriften zu generieren. Wie die Vorgaben in der Praxis umgesetzt werden, bleibt jedoch abzuwarten. Am Standard zu den Removal-Projekten wird unter anderem kritisiert, dass die Formulierungen zur Dauerhaftigkeit von Emissionsminderungen konkretisiert werden müssen. Zudem sind Experten zufolge die Risikobewertung von Reversals und die Anforderungen an entsprechende Abhilfemaßnahmen zu spezifizieren.

Das Aufsichtsgremium für den Artikel-6.4-Mechanismus ist nun aufgefordert, weitere Standards, Tools und Leitlinien zu erarbeiten, die die Anforderungen an die Projekte und die Ermittlung der erzielten Emissionseinsparungen weiter konkretisieren. Bei den Arbeiten zur Operationalisierung des Mechanismus soll das Gremium technische und wissenschaftliche Expertise einbinden.

3.3 Autorisierung der Emissionsminderungen

Ein weiterer in Baku erzielter Beschluss konkretisiert die sog. *Autorisierung von Gutschriften*. Bei *autorisierten Gutschriften* genehmigt das Gastland, dass die durch das Projekt erzielte Emissionsminderung auf den Käufer der Gutschriften übertragen wird. Im gleichen Zuge verpflichtet sich das Gastland, die im Rahmen des Projekts erzielte Emissionsreduktion nicht in der eigenen Emissionsbilanz zu berücksichtigen und nicht für die Erfüllung seiner NDC (siehe Ziffer 4) zu nutzen. Die Treibhausgasbilanz des Gaststaates wird entsprechend angepasst. Diese Anpassung bezeichnet man als *corresponding adjustment* (siehe Abbildung 6). Hierdurch wird eine doppelte Anrechnung von Emissionsminderungen aus einem Projekt vermieden.

Abbildung 6
Autorisierte Gutschriften mit corresponding adjustment



Quelle: Eigene Darstellung nach Stiftung Allianz für Klima und Entwicklung 2021

Nach dem Beschluss sollen die Gastländer der Projekte so früh wie möglich eine Erklärung zur Autorisierung abgeben. In dieser sollen sie darlegen, ob die im Rahmen des Projekts erzielten Emissionsminderungen vollständig oder teilweise auf das eigene nationale Klimaziel angerechnet werden sollen oder nicht. Für die Erklärung sollen noch Leitlinien und eine Vorlage erarbeitet werden.

Bewertung der vbw

Die Verabschiedung der Standards zur Umsetzung der Klimaschutzprojekte unter dem globalen Marktmechanismus ist zu begrüßen. Dies gilt auch für die Konkretisierungen zur Autorisierung der Gutschriften.

Jetzt gilt es, rasch mit der Ausarbeitung der technischen Feinheiten zur Anwendung des globalen Marktmechanismus zu starten, damit entsprechende Gutschriften für den freiwilligen Markt zur Verfügung stehen.

4 Nationale Klimabeiträge

Erste Staaten legen nationale Klimabeiträge für das Jahr 2035 vor

Der Weltklimavertrag hält alle Staaten dazu an, ambitionierte nationale Klimabeiträge, sog. *Nationally Determined Contributions* (NDCs), festzusetzen. Mit den Klimabeiträgen werden z. B. Emissionsminderungsziele sowie Pläne für die Erreichung dieser Ziele in den einzelnen Staaten definiert.

Die ersten nationalen Klimabeiträge wurden im Jahr 2020 vorgelegt und bezogen sich auf das Zieljahr 2030. Die NDCs sind im Fünf-Jahres-Rhythmus kontinuierlich fortzuschreiben. Die nachfolgenden Beiträge müssen jeweils ambitionierter sein als die vorangegangenen. Im Jahr 2025 sind aktualisierte NDCs für das Jahr 2035 vorzulegen.

4.1 Aktualisierte NDCs und neue NDCs für das Jahr 2035

Bei der UN-Klimakonferenz 2023 in Dubai fand die erste globale Bestandsaufnahme statt, in deren Rahmen die Fortschritte bei Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel sowie Klimafinanzierung und Technologietransfer bewertet wurden. Die Bestandsaufnahme kam zu dem Ergebnis, dass die nationalen Klimabeiträge der Vertragsstaaten weiterhin nicht ausreichen, um die Ziele des Weltklimavertrags zu erreichen.

Kurz vor dem Start der UN-Klimakonferenz in Baku legte das UN-Klimasekretariat einen aktualisierten Bericht vor: Danach führen die derzeitigen NDCs bis zum Jahr 2030 lediglich zu einer Minderung der weltweiten Emissionen um 2,6 Prozent gegenüber dem Jahr 2019. Nach dem IPCC ist bis zum Jahr 2030 jedoch eine Emissionsminderung um 43 Prozent gegenüber dem Jahr 2019 erforderlich, damit das 1,5-Grad-Ziel eingehalten wird. Die aktuell vorliegenden NDCs würden dagegen zu einer globalen Erwärmung um 2,1 bis 2,8 Grad Celsius führen.

Die Staaten wurden daher nochmals aufgefordert, ihre 2030-Klimaziele auf das 1,5-Grad-Ziel auszurichten sowie ambitionierte Ziele für das Jahr 2035 vorzulegen.

Bei der UN-Klimakonferenz in Baku legten folgende erste Staaten neue Klimaziele für das Jahr 2035 vor:

- Brasilien: Treibhausgasreduzierung um 59 bis 67 Prozent gegenüber dem Jahr 2005
- Vereinigte Arabische Emirate: Treibhausgasreduzierung um 47 Prozent gegenüber dem Jahr 2019

Brasilien hatte mit seiner alten NDC bis zum Jahr 2030 eine Emissionsminderung um 53,1 Prozent gegenüber 2005 angestrebt. Das obere Ende der Spanne der neuen NDC – eine 67-prozentige Minderung bis 2035 – wird als ambitioniert eingestuft, das untere Ende der Spanne erachten Experten hingegen als unzureichend.

Die Vereinigten Arabischen Emirate hatten sich für das Jahr 2030 zum Ziel gesetzt, ihre Treibhausgasemissionen um 31 Prozent gegenüber dem *Business-As-Usual-Szenario* zu senken. Experten stufen die neue NDC des Landes als ambitioniert, aber als nicht erreichbar und wenig glaubwürdig ein. Kritisiert wird vor allem, dass das Land weiter auf die Produktion fossiler Brennstoffe setzt.

Eine umfassende Bewertung der vorgelegten neuen NDCs ist erst möglich, wenn alle Staaten – oder ein Großteil der Staaten – ihre neuen Beiträge eingereicht haben.

Das Vereinigte Königreich kündigte in Baku das ambitionierte Ziel an, die Emissionen bis zum Jahr 2035 um 81 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 zu senken; es hat die neue NDC jedoch noch nicht hinterlegt.

Mexiko hat sich in Baku als letzter G20-Staat zu einem Netto-Null-Ziel bekannt. Das Land strebt an, bis zum Jahr 2050 Netto-Null-Emissionen zu erreichen. Die EU, Kanada, Chile, Georgien, Mexiko, Norwegen und die Schweiz erklärten gemeinsam, dass sie neue NDCs vorlegen werden, die mit dem 1,5 Grad-Ziel kompatibel sind, alle Treibhausgase und Sektoren umfassen und auf das jeweilige festgesetzte Netto-Null-Ziel ausgerichtet sind.

4.2 Engagement der größten Emittenten

China, die USA, Indien und die EU waren 2023 für rund 55 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Wenn die größten Emittenten mit ambitionierten Klimazielen vorangehen, kann dies auch andere Staaten motivieren, angemessene Klimabeiträge festzusetzen. Speziell Indien kann hierbei als Vorbild für Entwicklungsländer fungieren.

China, die USA und die EU werden als Taktgeber der internationalen Klimapolitik angesehen. Die EU nimmt seit jeher eine Vorreiterrolle in puncto Klimaschutz ein. Die zukünftige Klimapolitik der USA ist nach der Wiederwahl Donald Trumps zum US-Präsidenten ungewiss. Zu Beginn seiner ersten Präsidentschaft im Jahr 2017 ist Trump aus dem Weltklimavertrag ausgestiegen. Es bleibt daher abzuwarten, wie sich der künftige Klimakurs der USA entwickeln wird.

Tabelle 1

NDCs der größten Treibhausgasemittenten

	Aktuelle NDC	Basisjahr
EU	Treibhausgasminderung -55 % bis 2030	1990
USA	Treibhausgasminderung -50 bis -52 % bis 2030	2005
China	Peak CO ₂ -Emissionen vor 2030; Senkung CO ₂ -Emissionen je BIP-Einheit um 65 % bis 2030	2005
Indien	Senkung Emissionsintensität 45 % bis 2030	2005
Russland	Treibhausgasminderung -30 % bis 2030	1990
Brasilien	Treibhausgasminderung um -53,1 % bis 2030	2005

4.2.1 EU

Die EU hat Ende 2020 ihr 2030-Klimaziel verschärft und ihre aktualisierte NDC beim UN-Klimasekretariat eingereicht: Bis 2030 sollen die Emissionen der EU um mindestens 55 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 sinken. Die EU-Kommission strebt an, zeitnah einen Legislativvorschlag zur Verankerung eines 2040-Ziels im EU-Klimagesetz vorzulegen. Angestrebt wird eine Emissionsminderung um 90 Prozent gegenüber dem Jahr 1990. Dieses Ziel wird in die Ausarbeitung der neuen NDC miteinfließen. Treibhausgasneutralität soll bis zum Jahr 2050 erreicht werden. Um sicherzustellen, dass das 2030-Klimaziel erreicht wird, wurde ein umfassendes Klimapaket – das *Fit-for-55-Paket* – auf den Weg gebracht. Weite Teile des Pakets sind zwischenzeitlich verabschiedet und bereits in Kraft.

Beispielsweise wurden Verschärfungen im EU-Emissionshandel (EU-ETS) vorgenommen. Zudem wurde die Einführung eines separaten Emissionshandelssystems für die Sektoren Wärme und Straßenverkehr beschlossen. Ferner wurde ein CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (*Carbon Border Adjustment Mechanism – CBAM*) implementiert. Dieser zielt darauf ab, die Verlagerung von CO₂-Emissionen in Nicht-EU-Länder mit geringeren Klimaschutzauflagen, zu vermeiden. Importeure bestimmter Produkte müssen seit Oktober 2023 quartalsweise über die Emissionen der importierten Waren berichten. Mit dem Start der Regelphase ab 2026 sind zudem für die Emissionen, die bei deren Herstellung anfallen, CO₂-Zertifikate zu erwerben. Deren Preis wird sich an den Zertifikatspreisen im EU-ETS bemessen. Der CBAM greift zunächst nur für Importprodukte aus den Sektoren Zement, Strom, Düngemittel, Eisen und Stahl sowie Aluminium. Für diese Sektoren wird das Instrument schrittweise die im Rahmen des EU-ETS gewährte kostenfreie Zuteilung ersetzen.

Im Jahr 2023 hat die EU öffentliche Mittel in Höhe von rund 28,6 Milliarden Euro für die internationale Klimafinanzierung bereitgestellt. Dies entspricht fast einem Drittel der insgesamt zugesagten Finanzmittel. Damit ist die EU der größte Geldgeber.

4.2.2 USA

Der unter dem scheidenden US-Präsident Joe Biden eingereichte Klimabeitrag der USA sieht vor, dass die Emissionen der Vereinigten Staaten bis zum Jahr 2030 um 50 bis 52 Prozent gegenüber dem Jahr 2005 sinken. Bis zum Jahr 2050 wird Klimaneutralität angestrebt. Darüber hinaus soll die Stromerzeugung bis zum Jahr 2035 zu 100 Prozent CO₂-frei sein.

Um diese ambitionierten Ziele zu erreichen, Arbeitsplätze zu schaffen und gleichzeitig die US-amerikanische Wirtschaft zu modernisieren, hatte Joe Biden den *Inflation Reduction Act* auf den Weg gebracht. Dieser sieht Investitionen in Höhe von 369 Milliarden US-Dollar für den Klimaschutz und die Stärkung der Energiesicherheit vor. Das Gesetz baut im Wesentlichen auf steuerliche Anreize, um den Ausbau erneuerbarer Energien, Energiespeicher, saubere Brennstoffe und Fahrzeuge zu unterstützen. Inwieweit der Donald Trump das Gesetz aufheben oder anpassen wird, bleibt abzuwarten. Im Wahlkampf kündigte er an, verstärkt auf Öl und Gas zu bauen und die Produktion fossiler Energieträger auszuweiten.

Auch in den USA wurde in den letzten Jahren über die Einführung eines CO₂-Grenzausgleichs diskutiert. Inwieweit die Debatte zur Implementierung eines entsprechenden Instruments künftig fortgeführt wird, ist unklar.

Es könnte sein, dass die USA (wieder) aus dem Weltklimavertrag, und möglicherweise auch aus der übergeordneten UN-Klimarahmenkonvention austritt. Auch ist es möglich, dass die US-amerikanischen Beiträge zu internationaler Klimafinanzierung gekürzt oder eingestellt werden. Dies wäre für die künftige Dynamik bei den internationalen Klimaverhandlungen jedenfalls nichts förderlich.

4.2.3 China

Die im Jahr 2021 vorgelegte NDC Chinas sieht vor, dass die CO₂-Emissionen des Landes vor 2030 ihren Peak erreichen sollen. Bis 2030 sollen die CO₂-Emissionen pro BIP-Einheit um über 65 Prozent gegenüber dem Jahr 2005 sinken. Zudem möchte das Land noch vor dem Jahr 2060 CO₂-Neutralität erreichen. Des Weiteren soll bis zum Jahr 2030 der Anteil nicht-fossiler Brennstoffe am Primärenergieverbrauch auf 25 Prozent steigen und die installierte Kapazität an Wind- und Solarenergie auf mehr als 1.200 Gigawatt erhöht werden.

Mit einem Anteil von 30 Prozent an den weltweiten Treibhausgasemissionen ist China der größte Emittent der Welt. Das Land ist zugleich der weltweit größte Verbraucher und Produzent von Kohle. Mehr als 60 Prozent der in China erzeugten Energie stammt aus Kohle.

Analysen zufolge ist die Kohlenachfrage Chinas im Jahr 2023 um fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

China ist aber auch der weltweit größte Nutzer bzw. Hersteller klimafreundlicher Technologien. So produzierte das Land 2023 mit rund neun Millionen Elektrofahrzeugen knapp zwei Drittel aller weltweit hergestellten Elektroautos. Hinzu kommt ein Anteil von mehr als 60 Prozent an den weltweiten in Bau befindlichen Windenergie- bzw. Solaranlagen.

Als zentrales Klimaschutzinstrument fungiert der chinesische Emissionshandel, der im Jahr 2021 seinen Betrieb aufgenommen hat. Der Zertifikatspreis lag im Jahresdurchschnitt 2023 bei rund 68,35 Yuan (dies entspricht rund 9 Euro) pro Tonne CO₂ und damit deutlich unter dem Preisniveau des europäischen Emissionshandels (durchschnittlicher Preis Oktober 2024: rund 64 Euro pro Tonne CO₂). Das chinesische Handelssystem erfasst rund 2.300 Energieunternehmen, die mehr als 5 Gt CO₂ emittieren (= rund 40 Prozent der CO₂-Emissionen Chinas). Das System soll zeitnah auf die Sektoren Zement, Aluminium und Stahl ausgeweitet werden.

4.2.4 Indien

Indien ist der weltweit drittgrößte Treibhausgasemittent. Die Pro-Kopf-Emissionen des Landes lagen mit rund 2,9 Tonnen CO₂e jedoch deutlich unter dem globalen Durchschnitt (6,6 Tonnen CO₂e pro Kopf). Während die Emissionen im Jahr 2020 aufgrund der Corona-Pandemie um 5,7 Prozent gegenüber dem Jahr 2019 zurückgingen, erreichten sie im Jahr 2023 einen neuen Höchststand und ein Niveau, das rund 20,4 Prozent über dem Niveau des Jahres 2020 liegt.

In der derzeitigen NDC strebt Indien an, die Emissionen pro BIP-Einheit bis 2030 um 45 Prozent gegenüber 2005 zu senken. Zudem sollen bis 2030 50 Prozent der Stromerzeugungskapazitäten auf erneuerbaren Energien basieren. Bis 2070 möchte das Land klimaneutral sein.

Die Energieerzeugungskapazitäten aus nicht-fossilen Quellen möchte Indien bis zum Jahr 2030 auf 500 GW steigern. Im Jahr 2023 wies das Land erneuerbare Kapazitäten in Höhe von rund 200 GW auf. Damit basieren derzeit rund 45 Prozent der installierten Stromerzeugungskapazität auf erneuerbaren Energien

Trotz der positiven Entwicklung basiert die Energieversorgung Indiens weiterhin vor allem auf Kohle: Insgesamt deckt Kohle 55 Prozent des Primärenergiebedarfs des Landes ab. Indiens Kohleproduktion stieg im Zeitraum 2023 bis 2024 im Vergleich zum Zeitraum 2022 bis 2023 um 11,7 Prozent auf ein Rekordniveau von 997,8 Millionen Tonnen an.

Auch Indien plant, ein nationales Emissionshandelssystem einzuführen. Dieses soll auf einem bereits bestehenden verpflichtenden Energieeffizienzprogramm des Landes aufbauen, das derzeit mehr als 1.000 Unternehmen aus 13 energieintensiven Sektoren abdeckt. In einem ersten Schritt sollen unter anderem die Sektoren Aluminium, Zement,

Eisen- und Stahl, Papier sowie die Petrochemie und die Erdölraffination unter den Emissionshandel fallen. Das System soll im Jahr 2026 seinen Betrieb aufnehmen.

Bewertung der vbw

Aus Sicht der vbw müssen sich alle Staaten zu vergleichbaren Klimazielen für das Jahr 2035 verpflichten. Vor allem große Emittenten wie China sind aufgefordert, ihr Ambitionslevel nachzuschärfen und angemessene Ziele vorzulegen. Nur so kann langfristig ein globales Level Playing Field entstehen.

Die EU fungiert mit ihren ambitionierten Klimazielen seit jeher als Vorreiter. Bei der Ausgestaltung des NDC für das Jahr 2035 darf die EU die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie nicht aus den Augen verlieren. Nur eine wettbewerbsfähige und innovationsfreudige Industrie kann die erforderlichen Klimaschutzinvestitionen leisten und die Transformation bewältigen. Daher muss der Emissionshandel auf europäischer Ebene als Leitinstrument für effektive und marktbasierende Klimapolitik gestärkt werden. Hierzu ist ein international anschlussfähiges CO₂-Preissignal auf EU-Ebene, das marktbasierend Investitionen in klimafreundliche Technologien fördert, erforderlich, um die nötigen Investitionen anzustoßen. Der CO₂-Grenzausgleich (CBAM) muss seine Effektivität erst noch unter Beweis stellen und macht bestehende Entlastungstatbestände insbesondere für energieintensive Industrien nicht obsolet.

5 Globale Energiewende

Neue Energieinitiativen können globale Energiewende unterstützen

Bei der UN-Klimakonferenz im Vorjahr einigten sich die Vertragsstaaten des Weltklimavertrags darauf, bis 2030 die globalen Kapazitäten erneuerbarer Energien zu verdreifachen und die Steigerungsrate bei der Energieeffizienz zu verdoppeln. Die Konferenz in Baku sollte dazu beitragen, die globalen Energiewendeziele mit konkreten Aktivitäten zu untermauern.

Neue Beschlüsse zur globalen Energiewende wurden aber nicht gefällt. Es wurden jedoch einige neue Initiativen auf den Weg gebracht, die zur Erreichung der Energieziele beitragen sollen.

5.1 Energieinitiativen des Gastgeberlandes

Von der aserbaidzhanischen Präsidentschaft wurden in Baku drei Initiativen lanciert, die die globale Energiewende unterstützen sollen. Insgesamt 150 Staaten beteiligten sich an den folgenden Energieinitiativen:

Global Energy Storage and Grids Pledge

Mehrere Staaten, darunter das Vereinigte Königreich, Uruguay, Belgien und Schweden verpflichteten sich zu dem gemeinsamen Ziel, die weltweiten Kapazitäten von Energiespeichern bis zum Jahr 2030 auf 1.500 GW auszubauen und damit gegenüber dem Jahr 2022 zu versechsfachen. Zudem bekannten sie sich zu dem Ziel, bis zum Jahr 2030 25 Millionen Kilometer Stromnetze zu bauen oder zu sanieren und erkannten an, dass bis zum Jahr 2040 zusätzliche 65 Millionen Kilometer neue oder sanierte Stromnetze erforderlich sind.

Green Energy Pledge

Diese Initiative zielt darauf ab, grüne Energiezonen und -korridore zu fördern. Ziel ist es, mithilfe größerer Verbundnetze Bereiche mit einer hohen Erneuerbaren-Energien-Erzeugung mit den am meisten bedürftigen Gemeinden zu verbinden. Die Netze sollen eine kosteneffiziente und sichere Übertragung von Strom über große Distanzen ermöglichen.

Wasserstoff-Erklärung

Ziel dieser Initiative ist es, die Produktion von erneuerbarem und emissionsarmem oder emissionsfreiem Wasserstoff zu steigern und die Dekarbonisierung der bestehenden Wasserstoffherzeugung auf Basis fossiler Brennstoffe zu beschleunigen. Es wird angestrebt, die Produktion von grünem Wasserstoff von derzeit einer Million Tonnen pro Jahr deutlich zu steigern und die graue Wasserstoffproduktion von aktuell 96 Millionen Tonnen zu reduzieren.

5.2 Weitere Initiativen zur globalen Energiewende

Aufruf zum Verzicht auf neue Kohlekraftwerke

25 Staaten und die EU kündigten in Baku an, in ihre nächsten NDCs das Versprechen aufzunehmen, keine neuen Kohlekraftwerke zu bauen. Andere Staaten wurden aufgerufen, ebenfalls auf neue Kohlekraftwerke zu verzichten.

Partnerschaft zwischen der EU-Kommission und der BOGA

Die EU-Kommission und die *Beyond Oil and Gas Alliance (BOGA)* haben in Baku eine Partnerschaft bekannt gegeben. Diese zielt darauf ab, Fortschritte bei der Abkehr von fossilen Brennstoffen zu machen. Zugleich soll die Zusammenarbeit zwischen Produzenten und Verbrauchern von Öl und Gas gestärkt werden. Im Rahmen der Partnerschaft sollen Transformationspfade entwickelt werden. Zusätzlich sollen Entwicklungsländern über den *BOGA Fund* Gelder für die Angleichung der Öl- und Gasproduktion an den 1,5-Grad-Zielpfad bereitgestellt werden.

Energieeffizienz-Initiative der EIB-Gruppe

Die Europäische Investmentbank-Gruppe (EIB), die EU-Kommission und die Solar Impulse Foundation haben in Baku eine Initiative präsentiert, die Energieeffizienz-Investitionen in kleinen und mittleren europäischen Unternehmen erleichtern soll. Anstatt in effizienzsteigernde Anlagen zu investieren, erwerben die Unternehmen lediglich eine Energieeffizienzdienstleistung. Die Anlage bleibt Eigentum des Dienstleistungsunternehmens. Hierdurch sollen finanzielle Hürden abgebaut und die Einführung von Effizienztechnologien beschleunigt werden. Die Initiative soll auch zur Erreichung des globalen Energieeffizienzziels beitragen.

Brennstoffwechsel in der Schifffahrt

Mehr als 50 Akteure aus der Schifffahrtindustrie haben vereinbart, bis 2030 die Entwicklung von Brennstoffen mit null oder nahezu null Emissionen zu beschleunigen, in emissionsfreie Schiffe zu investieren und eine Infrastruktur für grünen Wasserstoff aufzubauen.

Bewertung der vbw

In Baku wurden einige neue Initiativen auf den Weg gebracht, die die globale Energiewende voranbringen sollen. Dies ist zu begrüßen.

Für die Erreichung der globalen Energiewendeziele ist ein Mix aus Technologien erforderlich. Die Expertise unserer deutschen und bayerischen Unternehmen kann hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten. Wir müssen die Innovationsführerschaft bei den Energiewendetechnologien übernehmen beziehungsweise ausbauen.

6 Klimaclub und neue internationale Initiativen

Wichtige Fortschritte bei der globalen Zusammenarbeit beim Klimaschutz

Die UN-Klimakonferenzen haben sich inzwischen zu einem wichtigen Forum für globale Initiativen und Kooperationen zum Klimaschutz entwickelt. Die Projekte und Partnerschaften können den Umstieg auf klimafreundliche Technologien und Maßnahmen beschleunigen und sind damit ein zentraler Treiber für die globale Dekarbonisierung.

Auch in Baku wurden wieder zahlreiche neue Initiativen lanciert bzw. bestehende Initiativen ausgeweitet. Diese sollten auch Impulse für die 30. UN-Klimakonferenz im kommenden Jahr geben. Einige der Initiativen zielen explizit darauf ab, die Dekarbonisierung der Wirtschaft zu unterstützen.

6.1 Klimaclub

Der von den G7 gegründete *Klimaclub* steht allen Ländern offen, die sich für eine ambitionierte Umsetzung des Weltklimavertrags einsetzen. Ziel des Klimaclubs ist es, die Dekarbonisierung der Industrie zu beschleunigen und Risiken der Verlagerung von CO₂-Emissionen in Länder mit weniger ehrgeizigem Klimaschutzengagement zu verringern. Inzwischen zählt der Klimaclub 44 Mitgliedsstaaten, darunter die G7-Staaten, Argentinien, Chile, Indonesien, Kolumbien, die Schweiz und Südkorea.

Die Initiativen des Klimaclubs zielen darauf ab, Entwicklungsländer bei der Transformation ihrer Industrie zu einer Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2050 zu unterstützen.

Global Matchmaking Platform

In Baku nahm die *Global Matchmaking Platform* des Klimaclubs offiziell ihren Betrieb auf. Diese fungiert als zentrale Plattform für Kooperationen mit Entwicklungsländern. Sie bringt bestehende internationale Angebote für technische und finanzielle Unterstützung bei der Dekarbonisierung der Industrie mit den Bedürfnissen der Schwellen- und Entwicklungsländer zusammen.

Die Plattform nimmt fortan Anträge von Ländern an, die Projekte und Programme zur Dekarbonisierung der Industrie planen. Auch Institutionen und Geldgeber, die sich als Netzwerkpartner an der Plattform beteiligen möchten, können nun Interessensbekundungen einreichen. Unter anderem Chile, Indonesien und Kenia loten erste Pilotprojekte aus.

Partnership for Net Zero Industry

Die *Partnership for Net Zero Industry* soll Mitgliedsstaaten des Klimaclubs bei der Dekarbonisierung der Schwerindustrie begleiten, z. B. durch Hilfestellungen bei der Entwicklung nationaler Transformationspfade zu einer treibhausgasneutralen Industrie bis zum Jahr 2050. In Brasilien startete im April 2024 ein Projekt, in dessen Rahmen eine

Dekarbonisierungsstrategie für die Industrie und Transformationspläne für den Zement- und Stahlsektor erarbeitet werden sollen.

Leitmärkte für grüne Produkte

Weiteres Ziel des Klimaclubs ist es, globale Leitmärkte für emissionsarme Produkte zu schaffen. Während der UN-Klimakonferenz bestätigten die Mitglieder des Klimaclubs die Grundsätze der Internationalen Energieagentur für klimafreundlichen Stahl und Zement. Diese sollen als Grundlage für künftige globale Standards fungieren.

Die *Global Cement and Concrete Association (GCCA)* hat in Baku ihre internationalen Definitionen für emissionsarmen Zement und Beton präsentiert. Dies soll Transparenz fördern und die Basis für grüne Baustoff-Leitmärkte bilden. Die Definitionen können Unternehmen, die öffentliche Hand, aber auch Privatpersonen als Referenz für die Identifizierung grüner Baustoffe verwenden.

6.2 Initiativen zur Verringerung der Methanemissionen

Darüber hinaus wurden einige weitere Initiativen in Baku lanciert, die speziell darauf abzielen, die globalen Methanemissionen zu verringern.

Global Methane Pledge

In Baku schlossen sich weitere Staaten, darunter Aserbaidschan, Guatemala und Madagaskar der *Global Methane Pledge* an. An der Initiative beteiligen sich inzwischen 159 Staaten. Diese bekennen sich zu dem Ziel, die Methanemissionen bis zum Jahr 2030 um 30 Prozent unter das Niveau aus dem Jahr 2020 zu senken. In Baku wurden zusätzliche 500 Millionen US-Dollar für die Methanvermeidung mobilisiert. Davon stammen rund 106 Millionen Euro von der EU-Kommission.

Methane Abatement Partnership Roadmap

Die von der EU-Kommission initiierte *Methane Abatement Partnership Roadmap* zielt darauf ab, die Methanemissionen entlang der Öl- und Gaswertschöpfungsketten zu verringern und Kooperationen zwischen Staaten, die fossile Brennstoffe importieren und Staaten, die fossile Brennstoffe exportieren, zu stärken. Diese sollen beispielsweise politische Maßnahmen auf den Weg bringen, um robuste Monitoring-, Berichterstattungs- und Verifizierungssysteme zur Verringerung der Methanemissionen zu schaffen.

International Methane Emissions Observatory

Vertreter der EU-Kommission, Deutschland, der USA und Australien haben in Baku ihre finanzielle und politische Unterstützung zum UN-Umweltprogramm *International Methane Emissions Observatory (IMEO)* bestärkt. Ziel der IMEO ist es, Methandaten aus verschiedenen Quellen zu sammeln, die Datenbasis zu verbessern und hierdurch einer Reduktion der Methanemissionen zu erreichen. Die Daten werden unter anderem aus der *Oil & Gas Methane Partnership 2.0* gewonnen, in deren Rahmen mehr als 140 Unternehmen, die

mehr als 40 Prozent der globalen Öl- und Gasproduktion verantworten, Daten zu den Methanemissionen bereitstellen.

Deklaration zur Eliminierung von Methan aus organischen Abfällen

Mehr als 50 Staaten, darunter auch Deutschland, die USA, Brasilien, Japan und Russland, traten der von Aserbaidschan initiierten Deklaration zur Methanreduzierung im Abfallsektor bei. Die Staaten repräsentieren mehr als die Hälfte der globalen Methanemissionen aus organischen Abfällen. Sie erklärten, in ihre künftigen NDCs Sektorziele für die Methanreduzierung zu integrieren und konkrete Maßnahmen zur Einhaltung dieser Ziele zu initiieren.

Bewertung der vbw

Der Start der *Global Matchmaking Platform* des Klimaclubs und die Fortschritte bei der Entwicklung globaler grüner Leitmärkte sind zu begrüßen. Das gleiche gilt für die verschiedenen Aktivitäten zur Verringerung der Methanemissionen.

Initiativen dieser Art leisten einen wichtigen Beitrag zum globalen Klimaschutz. Nur durch internationale Kooperation wird es gelingen, ein globales Level Playing Field zu schaffen.

Auch Unternehmen aus Deutschland können aus der Beteiligung an internationalen Kooperationsprojekten profitieren: Beispielsweise unterstützt die Förderrichtlinie für internationale Wasserstoffprojekte deutsche Unternehmen dabei, grüne Wasserstoffprojekte im Ausland umzusetzen. In Namibia wurde ein Werk in Betrieb genommen, das mithilfe grünen Wasserstoffs emissionsarmes Eisen produziert und hierdurch Treibhausgase einspart.

7 Ausblick

Weitere Ambitionssteigerung im Fokus

Die nächste UN-Klimakonferenz findet vom 10. bis 21. November 2025 in Belém, Brasilien statt.

Bei dieser müssen die Vertragsstaaten des Weltklimavertrags ihre Ziele für das Jahr 2035 festsetzen. Zu den Kernzielen des Gipfels wird es daher wieder zählen, die Staaten auf Zielkurs in Richtung 1,5-Grad-Ziel zu bringen. Zudem ist ein Fahrplan für die Erreichung des 1.300-Milliarden-US-Dollar-Ziels auszuarbeiten.

Bis zur nächsten UN-Klimakonferenz stehen wieder diverse unterjährige Verhandlungsrunden an. Im Juni 2025 werden die Zwischenverhandlungen in Bonn stattfinden. Deren Fokus liegt in der Regel auf technischen Fragestellungen. Deutschland wird gemeinsam mit Brasilien seinen jährlichen Petersberger Klimadialog ausrichten.

Auch von den Gipfeltreffen der G7- und G20-Staaten gehen jeweils wichtige Impulse für die internationale Klimadiplomatie aus. Bei den Treffen werden oftmals auch Entscheidungen zu klimabezogenen Themen getroffen und gemeinsame Klimaziele formuliert. Hierdurch können die G7 und G20 eine Vorreiterrolle einnehmen und zugleich eine Richtung für die Verhandlungen bei den Klimakonferenzen vorgeben. Im Jahr 2025 wird Kanada die Präsidentschaft der G7 und Südafrika die Präsidentschaft der G20 übernehmen.

Ansprechpartner/Impressum

Dr. Markus Fisch

Abteilung Wirtschaftspolitik

Telefon 089-551 78-246
markus.fisch@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw
Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Dezember 2024

Weiterer Beteiligter

co₂ncept plus – Verband der
Wirtschaft für Emissionshandel
und Klimaschutz e. V.

089-55 178-445
[co₂ncept-plus@vbw-bayern.de](mailto:co2ncept-plus@vbw-bayern.de)